



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit
Herrn Ludger Kineke
Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Es informiert Sie Sarah Hoffmann
Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 5972
Fax (0202) 244 09 87
E-Mail hoffmann@spd.rat.de
Datum 23.05.2022
Drucks. Nr. VO/0617/22
öffentlich

Große Anfrage

Zur Sitzung am
02.06.2022

Gremium
Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit

Große Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Fremdvergabe und Outsourcing bei der Stadtverwaltung

Sehr geehrter Herr Kineke,

die SPD-Ratsfraktion bittet zur nächsten Sitzung des o. g. Ausschusses um schriftliche Beantwortung der nachstehenden Fragen:

- Welche städtischen Aufgaben und Leistungen werden regelmäßig an Dritte fremdvergeben? Bitte gesplittet nach Geschäftsbereichen angeben.
- Werden diese Leistungen teilweise selbst bearbeitet oder immer fremdvergeben? Bitte begründen.
- Welche Aufgaben wurden von der Stadtverwaltung komplett und dauerhaft an Unternehmen übertragen („outgesourct“)?
- Welchen jährlichen finanziellen Umfang bringt die Stadtverwaltung für die Übertragung von Aufgaben an Unternehmen sowie die Fremdvergabe auf? Bitte die jeweiligen Einzelposten angeben.
- Mit welchen Kanzleien hat die Stadt in den letzten drei Jahren gearbeitet (aufgeteilt nach Rechtsgebieten)?
- Wie hoch ist die Vergütung für die einzelnen Aufträge und Rechtsberatungskosten der jeweiligen Kanzleien gewesen?

Begründung:

Aus diversen Gründen werden zur Aufgabenerledigung Verwaltungs-Externe herangezogen.

Es ist kritisch zu prüfen, ob die Vergabe an Externe im Einzelfall notwendig und der Aufwand gerechtfertigt ist oder ob zum Beispiel Gutachten von der Verwaltung selbst erstellt werden können. Unter anderem im Hinblick auf extern eingekaufte juristische Dienstleistungen können wir uns vorstellen, dass Externe ein Vielfaches der Kosten für eigene Verwaltungsangestellte/-beamte erreichen können.

Einige Bereiche wurden komplett ausgelagert und privatisiert. Eine Rekommunalisierung würde der Stadt die Möglichkeit zurückgeben, direkt auf die Arbeitsbedingungen einzuwirken, diese abzusichern und damit auch ihrer Vorbildfunktion gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Servet Köksal

Sprecher im Ausschuss für
Wirtschaft, Arbeit und Nachhaltigkeit